

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland



**Serie C:
Streifzüge
durch die neuere
Geschichte**

9



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland	Seite
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland	1
Vorboten der Novemberrevolution	1
War die deutsche Arbeiterklasse auf die Revolution vorbereitet?	3
„Revolution“ von „oben“ gegen Revolution von „unten“	4
Der Ausbruch der Revolution	6
Was waren die Aufgaben des Vollzugsrates?	8
Konterrevolution am Werk	10
Die Linken und die Revolution	11
Gegenrevolution auf dem Vormarsch	12
Gründung der KPD	13
Die Wahl zur Nationalversammlung	13
Lehren der Novemberrevolution	16
Anmerkungen	17

Preis DM 1.--

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland

Revolutionäre Ereignisse erschütterten vor mehr als fünfzig Jahren die Grundfesten des kaiserlichen Deutschlands. Arbeiter und Soldaten verweigerten im Herbst 1918 zu Hunderttausenden dem kaiserlich-kapitalistischen Staat den Gehorsam und traten an, das reaktionäre monarchistische Regime zu stürzen. Es waren jene revolutionären Wochen, die als „Novemberrevolution“ in das Buch der Geschichte unseres Volkes eingetragen wurden. Bürgerliche Geschichtsschreiber versuchen, diese Revolution als „ein zufälliges Ereignis“ und „Unglück“, ja sogar als „demoralisierende Folge einer militärischen Niederlage“ hinzustellen.

Tatsächlich aber läutete die Novemberrevolution von 1918 eine neue Zeit in der Geschichte unserer Nation ein, eiferten die Soldaten- und Arbeitermassen, unterstützt von Frauen und Männern aus allen Schichten unseres Volkes, den russischen Revolutionären nach, die im Roten Oktober von 1917 1) ihre Ausbeuter entmachtet und die Geschicke des riesigen Zarenreiches in die eigenen Hände genommen hatten.

Darum ging es auch im November 1918 in Deutschland. Nämlich: um die sofortige Beendigung des blutigen Weltkrieges und die Entmachtung der kaiserlichen Monarchie, des mächtigen Landadels, der Kanonenkönige von Rhein und Ruhr, der Bankgewaltigen; also um den Sturz des monarchistisch-kapitalistischen Regimes.

Dies war keineswegs ein „rein zufälliges Ereignis“ der Geschichte, und es kam auch nicht aus heiterem Himmel. Die Revolution war in Wirklichkeit im Schoße des Kaiserreiches herangereift. Aufgestaute Wut des Volkes über den grausamen Krieg, die brutale Ausbeutung, das massenhafte Elend brach sich im November 1918 urplötzlich Bahn.

Vorboten der Novemberrevolution

Die Auswirkungen des Weltkrieges trafen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen schwer. Millionen Soldaten – Väter, Ehemänner und Söhne – fielen auf den Schlachtfeldern. Die deutsche Wirtschaft war ausgeblutet und lag völlig erschöpft am Boden. Die Versorgung der Menschen in der Heimat war miserabel. Die Rationen für Lebensmittel schmolzen immer mehr zusammen. Die Preise für Nahrungsmittel und Bekleidung stiegen dagegen in schwindelnde Höhen. Hunger schuf viele Epidemien, 1918 starben allein an Grippe, Tuberkulose und Lungenentzündung fast 460 000 Menschen. Der Arbeitstag währte oft bis zu 16 Stunden und höhnte die Menschen aus. Die Reichen aber, wie der Kanonenkönig Krupp, verdienten am Menschenmord riesige Summen und steckten märchenhafte Gewinne in die Taschen. Er allein vermehrte seinen Reichtum in den vier Kriegsjahren um 800 Millionen Mark. Die bittere Wahrheit jener Jahre lautete: Das einfache Volk verlor in den Schützengräben seine Väter und Söhne und lebte in tiefem Elend. Die höheren Schichten der Gesellschaft dagegen erzielten aus dem Weltkrieg enorme Gewinne! „Die Dividenden steigen, die Proletarier fallen!“, rief damals Rosa Luxemburg aus.

Diese Zustände waren der wichtigste Zündstoff der Novemberrevolution 1918. Die militärischen Niederlagen auf dem Schlachtfeld, die rigorose Ausbeutung der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben, das maßlose Elend der Volksmassen, schließlich die unerträgliche Diktatur der kaiserlichen Regierung – all das entfachte den Willen der Volksmassen zu einer radikalen Veränderung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Die Phrasen über „Vaterlandsverteidiger“ und „Einheit des Volkes“ konnten die tiefe Kluft zwischen den Interessen der herrschenden Oberschicht und denjenigen des einfachen Volkes nicht mehr verkleistern.

Dieser Nährboden brachte kühne Kämpfer aus dem Volk hervor, die mutig der kaiserlichen Staatsmaschinerie die Stirn boten, das Ringen um sofortigen Frieden und ein besseres Leben des einfachen Volkes mit revolutionären Taten aufnahmen.

Der im Lande weithin anerkannte Führer dieser aufrechten Männer und Frauen war Karl Liebknecht. Er hatte schon als Abgeordneter der Sozialdemokratie am 2. Dezember 1914 als einziger im Reichstag gegen die Kriegskredite gestimmt. Während des Krieges klagte er die kriegsschuldige Kapitalistenklasse immer wieder öffentlich wegen der furchtbaren Zustände an. Mit Recht erklärte er, die Kapitalistenklasse und das Kaiserreich haben „das entsetzliche Unheil durch ihre kapitalistische Politik, durch die Politik des Wettrüstens und der Geheimdiplomatie heraufbeschworen und um ihrer imperialistischen Interessen willen viele Millionen Menschen in Elend, Jammer und Verzweiflung gestürzt“ 2) Liebknecht war es auch, der dem einfachen Volk mit der Parole, der „Hauptfeind steht im eigenen Land“, den Ausweg aus dem blutigen Wirrsal des Weltkrieges wies.

Anfang 1918, nach dem „ansteckenden“ Beispiel der erfolgreichen russischen Revolution, nahm der Zorn im Volk über die Verluste auf den Schlachtfeldern und das wachsende Elend in der Heimat rapide zu und schuf immer mehr Empörung und Unzufriedenheit. Vorbote des heraufziehenden revolutionären Aufstandes war der Streik der über 1 Million Arbeiter vom 28. Januar bis 4. Februar 1918. Die Arbeitermassen forderten entschieden: sofortiger demokratischer Frieden und Sturz der kaiserlichen Regierung!

Dieser Streik erschütterte bereits das kaiserlich-kapitalistische Deutschland und ließ die herrschende Schicht erzittern. Nur mühsam gelang es der Staatsmaschinerie, den Ausstand der Arbeiterschaft durch Belagerungszustand, Verhaftungen der Streikführer und massenhafte Einberufungen streikender Arbeiter in die Armee sowie durch politische Hilfsdienste einiger SPD-Führer zu unterdrücken. Diese Führer der deutschen Sozialdemokratie, die schon bei Ausbruch des Weltkrieges die Arbeiterklasse im Stich ließen, hielten auch jetzt noch dem Kaiser des junkerlichen und kapitalistischen Deutschlands die Treue, traten der Reaktion zur Seite. „Wenn wir nicht in das Streikkomitee hineingegangen wären“, so schrieb dazu später Philipp Scheidemann, prominenter Sozialdemokrat, „dann wäre der Krieg und alles andere meiner festen Überzeugung nach schon im Januar 1918 erledigt gewesen“. 3) Sie gingen also in dieses Komitee, um den Streik

abzuwürgen und zu verraten. Der Weltkrieg dauerte in der Tat an und verlängerte die Not und das Elend der europäischen Völker und das grausame Massenmorden auf den Schlachtfeldern.

1918, im Sommer, eröffneten die deutschen Armeen im Westen eine großangelegte Offensive. Der Angriff blieb aber nach wenigen Tagen stecken, geriet ins Wanken, kehrte sich in sein Gegenteil – in einen fluchtartigen Rückzug – um, endete mit einer verlustreichen Niederlage. Ende September 1918 brach die Westfront vollends zusammen. Das deutsche Heer begann zu zerfallen. Die verheerende Lage zwang die militärische Führung der deutschen Truppen zum Eingeständnis ihrer völligen Niederlage und zur Bereitschaft zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand. Der Weltkrieg näherte sich seinem Ende.

Angesichts der katastrophalen Verluste auf den Schlachtfeldern und der zunehmenden Zerrüttung der Wirtschaft in der Heimat wuchs die Empörung des Volkes schnell an. Allein 1,8 Millionen deutsche Soldaten waren bis zu dieser Zeit gefallen. Der Blutzoll des deutschen Volkes für die Eroberungssucht seiner kapitalistischen Herrscher war in Wirklichkeit aber noch größer. Er betrug einschließlich der Verwundeten, Vermißten und der an Hunger und Epidemien Verstorbenen insgesamt 6,3 Millionen Menschen. Das ist eine grausame Bilanz großkapitalistischer Herrschaft und Politik.

Anfang Oktober 1918 stand Deutschland unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution. Es war nunmehr jener Zustand erreicht, wo das Volk nicht mehr bereit war, in der alten Weise weiterzuleben, und die herrschenden Kreise waren nicht mehr in der Lage, in der alten Form ihre Macht auszuüben. Lenin charakterisierte diesen Zustand so: In Deutschland ist „eine politische Krise ausgebrochen, die entweder den Beginn der Revolution“ bedeutet oder augenscheinlich macht, „daß die Revolution unvermeidlich ist und nahe bevorsteht“. 4) Er blieb bei dieser Feststellung aber nicht stehen, sondern untersuchte an anderer Stelle zugleich die Lage, machte deutlich, worum es letzten Endes in der Revolution ging, vor welchen Aufgaben die deutsche Arbeiterklasse zu jener Zeit stand. „Hier (in Deutschland – d.Verf.)“, so schrieb er, „haben wir das ‚letzte Wort‘ moderner großkapitalistischer Technik und planmäßiger Organisation, die dem junkerlich-bürgerlichen Imperialismus unterstellt sind. Man . . . setze an Stelle des militärischen, junkerlichen, bürgerlichen, imperialistischen Staates . . . einen Staat von anderem sozialen Typus, mit anderem Klasseninhalt, den Sowjetstaat, d.h. einen proletarischen Staat, und man wird die ganze Summe der Bedingungen erhalten, die den Sozialismus ergibt.“ 5)

War die deutsche Arbeiterklasse auf die Revolution vorbereitet?

Die Masse der Arbeiter und auch Bauern im Soldatenrock und in der Heimat ersehnte sofort den Frieden und war für den Sturz der kapitalistischen Regierung. Leider war aber die deutsche Arbeiterbewegung, als Kern der Arbeiterschaft, in sich uneinig und sogar in drei politische Richtungen

gespalten – nämlich: die kaisertreuen, revisionistischen, opportunistischen Sozialdemokraten, die revolutionäre Linke und die Zentristen, die zwischen beiden Strömungen hin und her schwankten. Die Revisionisten traten für eine Zusammenarbeit aller Klassen ein, verzichteten auf den Kampf für die Macht der Arbeiterklasse (Diktatur des Proletariats), beteten den bürgerlichen Parlamentarismus und Nationalismus an, gingen bei Ausbruch des Weltkrieges mit ihrer Politik des „Burgfriedens“ offen auf die Seite der kaiserlichen Regierung über. Sie wurden „Vaterlandsverteidiger“, das heißt Verteidiger des Vaterlandes der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten.

Allein die Gruppe der revolutionären Linken um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck, Clara Zetkin, Leo Jogisches, die sich im November 1918 zum Spartakusbund formierten, betrieb eine revolutionäre Klassenpolitik. Sie wurden mit Recht als Politiker eingeschätzt, die die guten Traditionen der alten, revolutionären deutschen Sozialdemokratie der Zeit von Marx, Engels, Bebel und Wilhelm Liebknecht fortsetzten. Die revolutionären Linken orientierten, im Gegensatz zu den kaisertreuen Sozialdemokraten, die Volksmassen auf den Kampf gegen den Militarismus, gegen die Macht des Rüstungskapitals und gegen den junkerlich-bürgerlichen Staat.

Die Spartakusgruppe – deren Führer zum größten Teil in Gefängnissen oder Zuchthäusern saßen – kämpfte mutig und konsequent an der Spitze des fortgeschrittenen Teils der Arbeiterklasse für die sofortige Beendigung des Krieges und den Sturz des kaiserlich-kapitalistischen Regimes. Aber sie bildeten noch keine Partei und konnten die fehlende revolutionäre Partei der Arbeiterklasse nicht ersetzen. Das Fehlen einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse nannte W.I. Lenin seinerzeit als den größten Mangel der europäischen Arbeiterbewegung. „Gewiß“, so schrieb er dazu, „die mächtige revolutionäre Bewegung der Massen kann diesen Mangel beheben, er bleibt aber ein großes Unglück und eine große Gefahr.“ 6) Die Geschichte gab, wie wir noch sehen werden, Lenin leider recht.

„Revolution“ von „oben“ gegen Revolution von „unten“

Die spürbare Unzufriedenheit des Volkes über die politischen Zustände und die zunehmenden Streikaktionen der Arbeiterschaft versetzten die herrschenden Klassen in Deutschland in große Unruhe und erzeugte bei ihnen ein fieberhaftes Suchen nach einem Ausweg aus der für sie sehr gefährlichen Lage.

Das kaiserliche Regime wechselte zunächst seine politische Fassade, Wilhelm II. ernannte zu diesem Zweck im Oktober 1918, und zwar auf Drängen solcher Finanzgewaltigen wie Stinnes, Duisberg und Krupp, den angeblich liberalen Prinzen Max von Baden zum deutschen Reichskanzler. Das Großbürgertum versuchte, einen solchen Übergang vom Krieg zum Frieden zu finden, bei dem sein Staatsapparat und seine Machtpositionen erhalten blieben. Das Ziel aller Schritte der herrschenden Oberschicht war damals die Rettung ihrer Macht durch die Errichtung einer formalen und



scheinbar parlamentarisch-demokratischen Regierung. Zu diesem Zweck wurden erneut die „kaiserstreuen“ Sozialdemokraten, wie Philipp Scheidemann und Gustav Bauer, ins politische Spiel gebracht. Sie blieben auch in dieser tiefen Krise der Ausbeuterklasse willige Gehilfen der kapitalistischen Staatsmacht und traten als kaiserliche Staatssekretäre in die Regierung unter Max von Baden ein.

Der taktische Schachzug der herrschenden Oberschicht, durch Umbildung der Regierung vorläufig erst einmal die Monarchie zu retten, gelang nicht. Die versuchte „Revolution von oben“ schlug fehl. Die Krise der kaiserlich-kapitalistischen Staatsmacht nahm im Gegenteil noch ein größeres Ausmaß an. Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen prägten das Bild der revolutionären Lage. Forderungen nach Abdankung des Kaisers wurden selbst in der bürgerlichen Presse immer lauter. Soldaten verweigerten den Dienst oder verbündeten sich an der Ostfront mit Rotarmisten. Viele Arbeiter forderten eine radikale Änderung der politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland. Die revolutionäre Situation spitzte sich rasch zu und drängte zum offenen Ausbruch.

Die Spartakusgruppe trug dieser Lage auf ihrer Reichskonferenz vom 7. Oktober 1918 Rechnung. Sie orientierte von der Tribüne dieses Kongresses aus die Arbeiterschaft durch ein Programm auf die Volksrevolution, auf die sofortige Beendigung des Krieges, auf die revolutionäre Erämpfung demokratischer Rechte und Freiheiten und auf den Sturz des herrschenden kaiserlich-kapitalistischen Systems.

Der Ausbruch der Revolution

Die Revolution brach sich am 3. November 1918 durch den bewaffneten Matrosenaufstand in Kiel gewaltsam Bahn. Anlaß für den Ausbruch war der Versuch eines gefährlichen Abenteuers der deutschen Seekriegsführung. Die Admiralität befahl für Oktober 1918 den Auslauf der deutschen Flotte zum Kampf auf Leben und Tod gegen die überlegene englische Marine. Das wäre eine sichere Fahrt in den Untergang gewesen. 80.000 Matrosen verweigerten aber den Gehorsam. Das wahnwitzige Unternehmen fiel ins Wasser. Mehr als tausend Matrosen wurden als „Meuterer“ verhaftet. Der Terror gegen die aufständischen Matrosen stieß auf den Widerstand ganzer Marineeinheiten und endete im bewaffneten Aufstand zu Lande und zu Wasser.

Es entstanden überall rasch Matrosen- und Soldatenräte. Kiel war noch am Abend des 4. November 1918 völlig in der Hand der aufständischen Soldaten. Der Funke der Revolution sprang in Windeseile auf ganz Deutschland über. Die revolutionäre Welle erfaßte alsbald Hamburg, Bremen, Lübeck, Wilhelmshaven, Cuxhaven, Rostock und andere deutsche Städte. Hamburg, Bremen, Braunschweig, Leipzig, München wurden Zentren der revolutionären Erhebung. Die Arbeiter wichtiger Rüstungsbetriebe traten in machtvolle Streiks. Sie besetzten Fabriken und Schachtanlagen. Vielerorts brachen Arbeiter und Soldaten gewaltsam den Widerstand regierungstreuer

Truppen. Sie stürmten Kasernen und Polizeistationen, besetzten sie und befreiten politische Gefangene aus den Gefängnissen und Zuchthäusern.

Schulter an Schulter kämpften in dieser entscheidenden Phase der Geschichte unseres Volkes Anhänger der Spartakusgruppe, Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Seite an Seite standen Arbeiter, Landarbeiter, kleine Gewerbetreibende und auch Intellektuelle.

Ein Vollzugausschuß aus revolutionären Obleuten, Vertretern der Spartakusgruppe und führenden Mitgliedern der USPD tagte am 8. November 1918, erörterte die Lage, beschloß nach eingehender Beratung, am nächsten Tag den bewaffneten Aufstand auszurufen. Zugleich war für ganz Deutschland ein Generalstreik vorgesehen. Kuriere eilten mit Flugblättern in die Großbetriebe und unterrichteten die Arbeiterschaft und die revolutionären Obleute über diese Beschlüsse.

Zu gleicher Zeit traten sozialdemokratische Führer auf die Bühne des revolutionären Geschehens. Sie wirkten der Revolution entgegen und nahmen die Monarchie in Schutz. An der Spitze dieser sozialdemokratischen Führer stand Friedrich Ebert. Er wurde nunmehr kaiserlicher Reichskanzler. Dieser formale Wechsel in der Regierungsspitze sollte die Massen vom Sturm auf das alte monarchistisch-kapitalistische System abhalten. Die Täuschung aber mißlang.

Die Revolution griff auch auf Berlin über. Diese Hochburg des kaiserlichen Staates fiel schließlich am 9. November 1918 in die Hände der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Bald wehte die rote Fahne als Zeichen der Revolution auch vor dem kaiserlichen Schloß. Der Kaiser floh nach Holland. Die Monarchie geriet ins Wanken und brach unter den Schlägen des revolutionären Ansturmes zusammen.

Karl Liebknecht rief im Berliner Lustgarten – heute: Marx-Engels-Platz – vom Balkon des kaiserlichen Schlosses einer begeisterten revolutionären Menge zu: „Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen . . . Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit.“ 7)

Während Karl Liebknecht am 9. November 1918 die freie, sozialistische Republik ausrief und dem Volk den Weg zu einem Leben in Frieden, Demokratie und Freiheit wies, rief der eben erst gestürzte kaiserliche Staatssekretär Scheidemann, sozialdemokratischer Politiker, unter dem Druck der Massen die „Freie Deutsche Republik“ – also nicht eine sozialistische – aus, um, wie später ein einflußreicher und führender Sozialdemokrat eingestand, die „Parolen der Republik nicht den weiter links stehenden Kreisen allein zu überlassen“. 8) Rechte Führer der SPD und der USPD bildeten zugleich einen Rat der Volksbeauftragten als neue Regierung. Gleichzeitig hintertrieben sie die Säuberung des Staatsapparates und die

Entmachtung der Großbanken sowie Rüstungsmonopole und duldeten das Treiben der Gegenrevolution.

Die Arbeiterklasse hatte überall in Deutschland Arbeiter- und Soldatenräte als ihre Machtorgane errichtet. Starken Einfluß auf sie übte die SPD aus. Gerade ihre Vertreter in den Räten blockierten oft revolutionäre Schritte der neuen Machtorgane. Sozialdemokratische Führer wie Ebert, Scheidemann, Bauer und ihre Anhänger in den Gewerkschaften standen nach wie vor auf dem Boden des Kapitalismus und stellten sich in dieser entscheidenden Stunde schützend vor das deutsche Bürgertum. Die Revolution wollten sie in bürgerlichen Grenzen halten. Deshalb errichteten sie zunächst eine provisorische „Revolutionsregierung“ unter rechtssozialdemokratischer Führung. Darin waren je drei Vertreter der SPD und der USPD.

Die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte vom 10. November 1918, die im Zirkus Busch tagte, bestätigte diese Regierung. Es gehörten dem gewählten Vollzugsrat 7 Vertreter der SPD, der USPD und 14 Vertreter aus den Reihen der Soldaten an. Fast alle Mitglieder des Vollzugsrates waren Anhänger der SPD.

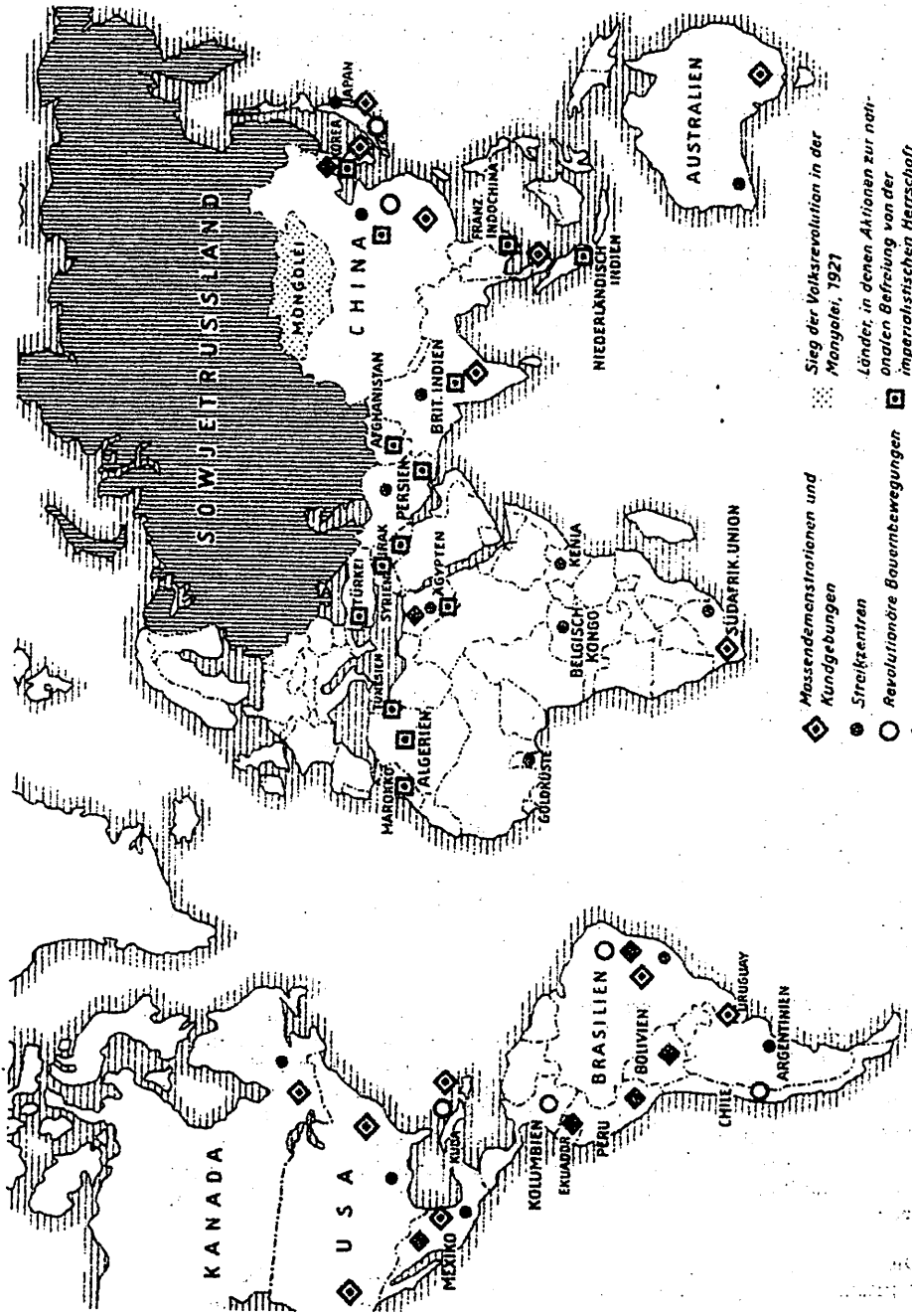
Was waren die Aufgaben des Vollzugsrates?

Der Vollzugsrat sollte:

1. bis zur Wahl eines gesamtdeutschen Zentralrates das oberste Räteorgan sein. Er hatte die Kontrolle über die Regierung auszuüben;
2. erklärte er in einem „Aufruf an das werktätige Volk“ Deutschland zur sozialistischen Republik und die Arbeiter- und Soldatenräte als Vollstrecker der politischen Macht im Lande;
3. sollte er sofort einen Waffenstillstand an den Fronten herbeiführen und einen Friedensvertrag abschließen.

Der Vollzugsrat forderte weiterhin die Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel. Er verlangte die Aufnahme der Beziehungen zur Sowjetregierung. Alle diese Punkte waren als unmittelbarer Bestandteil des vorgesehenen Regierungsprogramms gedacht.

Die Masse der Arbeiter, Sozialdemokraten, Spartakusleute und Gewerkschafter wollte ehrlich den Sozialismus. Allerdings herrschte der Irrglaube, schon allein mit der Beendigung des Krieges, dem Sturz der Monarchie, der Erringung der Republik und des allgemeinen Wahlrechtes, mit der Erämpfung der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie anderer demokratischer Rechte und Freiheiten die politische Macht bereits fest in Händen zu haben. Viele Teilnehmer an den revolutionären Ereignissen betrachteten aus diesen Gründen die Revolution jetzt als beendet. Die politisch-ideologische Erziehungsarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung wies gerade auf dem entscheidenden Gebiet des Klassenkampfes und der Staatsmacht, der sozialistischen Revolution, ernste Mängel auf.



Revolutionäre Bewegungen in der Welt 1917 bis 1923

Die führenden Sozialdemokraten nutzten diese Unklarheiten über den Weg zur Demokratie und zum Sozialismus geschickt für ihre Politik aus. Zunächst schlossen sie am 11. November 1918 mit den Kriegsgegnern Deutschlands einen Waffenstillstand ab. Das Ende des Völkermordens auf den Schlachtfeldern stieß beim einfachen Volk mit Recht auf große Freude und stärkte das Ansehen der Regierung. Die Ebert-Regierung bezeichnete sich selbst als „rein sozialistisch“. Viele Menschen des arbeitenden Volkes vertrauten dieser Regierung.

Die ersten Maßnahmen der Regierung Ebert schienen dieses Vertrauen auch zu rechtfertigen. Allerdings sprengten die sozialen Reformen nicht den Rahmen des bürgerlich-kapitalistischen Staates. Tatsächlich nahm die Regierung Kurs darauf, die Revolution zu beenden, ohne vorher reale Garantien für eine demokratische Machtausübung des Volkes zu schaffen. Die Regierung strebte zunächst Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung zu einer so frühen Zeit an, da alle Grundfragen noch unentschieden waren und das Großkapital immer noch seine ökonomische Macht und seine politische Interessenvertretung in der Regierung wußte. Die alte Armeeführung war nicht beseitigt. Im Gegenteil: Ebert und Noske verbündeten sich mit Hindenburg und Ludendorff gegen die Revolutionäre.

Konterrevolution am Werk

Gerade unter der Losung „Wahlen zu einer Nationalversammlung“ formierte sich die Gegenrevolution. Dabei war ihr Ziel, unter Ausnutzung der parlamentarischen Illusionen im Volk, die Machtorgane der Arbeiterklasse, nämlich die Räte, zu beseitigen und über eine bürgerliche Republik, entstanden aus Wahlen, die alten Machtverhältnisse zu retten. Gemeinsam traten Monopolisten, Junker, kaiserliche Generale und sozialdemokratische „Volksbeauftragte“ unter der Parole des Kampfes gegen den „Bolschewismus“, für „Demokratie“, „Nationalversammlung“ und selbst „Sozialisierung“ auf. Die herrschende Oberschicht entwickelte bei all ihrem Tun in jenen Tagen eine hohe Meisterschaft, das Volk über ihre wahren Absichten zu täuschen, die darin bestanden, ihre Macht sowohl mit Methoden der Gewalt als auch vorübergehender Zugeständnisse zu halten und auszubauen.

Ein Gelingen ihrer konterrevolutionären Tätigkeit hing damals entscheidend vom Verhalten und Einfluß der führenden Sozialdemokraten ab. Sie waren zur Zusammenarbeit mit den konterrevolutionären Kräften bereit. Erste Fäden zur Generalität und Spitze der Konterrevolution hatte Friedrich Ebert bereits am 10. November 1918 geknüpft. Es setzte ein hinterhältiges Zusammenspiel zwischen solchen führenden Sozialdemokraten und den deutschen Militärs ein, die noch an der Spitze der Armee standen, um die kapitalistischen Verhältnisse im scheinrevolutionären Gewande zu retten.

Die Volksmassen erwarteten aber mehr als nur Reformen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft. Viele Arbeiter erwarteten von der November-

revolution die Beseitigung der Ausbeutung, damit „die politische Umgestaltung sie von dem kapitalistischen Wirtschaftssystem erlösen würde. Sie wollten nicht mehr für andere arbeiten.“ 9)

Die sozialdemokratische Führungsspitze kam diesem Willen breiter Schichten scheinbar nach. Sie proklamierte die Losung „Die Sozialisierung marschiert!“ Heute sagen selbst bürgerliche Geschichtsschreiber über diese Taktik der Ebert und Scheidemann, daß dies nur bezweckte, „dem Radikalismus Wind aus den Segeln zu nehmen“. 10) Sie bildeten eine „Sozialisierungskommission“, in die sie sogar Konzernchefs beriefen! Dieser „Sozialismus“ schreckte in der Tat die Kapitalisten nicht. „Nationalversammlung“ und „Sozialisierung“, so verstanden, waren in Wirklichkeit auch nichts anderes als gegenrevolutionäre Sirenenklänge.

Die Linken und die Revolution

Die Spartakusgruppe hielt in jenen Tagen das revolutionäre Banner fest in ihren Händen. Sie rief die Massen zur Übernahme der Macht auf. Die Losung der Spartakusleute in der Novemberrevolution lautete: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!“. Darunter verstanden sie im einzelnen: Entwaffnung der reaktionären Kräfte, Bewaffnung der revolutionären Arbeiter und Soldaten, Säuberung des Staatsapparates und des Heeres von konterrevolutionären Elementen, Aburteilung der Kriegsverbrecher, Enteignung der großkapitalistischen und junkerlichen Kriegsschuldigen, Übernahme der Produktionskontrolle durch die organisierte Arbeiterschaft, Einbeziehung der Dörfer in die Revolution. Die Spartakusgruppe stellte die Machtfrage im Sinne des historischen Fortschritts. Die Grundlage ihres Verlangens war die von Lenin vermittelte Erkenntnis: „Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der Macht im Staate. Ohne Klärung dieser Frage kann von keiner wie immer gearteten bewußten Teilnahme an der Revolution die Rede sein, von einer Führung derselben ganz zu schweigen.“ 11)

Darüber bestanden in der Arbeiterklasse aber noch große Unklarheiten. Die Mehrzahl der Arbeiter- und Soldatenräte nutzte die Macht nur unzureichend aus. Nur ein Teil der unter dem Einfluß des Spartakusbundes und linker Kräfte der USPD stehenden Räte begann mit der Säuberung des Staatsapparates und mit der Einschränkung der wirtschaftlichen Macht der Konzernherren, so etwa in den Leuna-Werken in Mitteldeutschland, im Rheinland, im Kohlenbergbau des Ruhrgebietes und im oberschlesischen Industrievier. Diese richtigen Schritte blieben jedoch lokal begrenzt.

Der Streit in der Arbeiterbewegung um die Weiterführung der Revolution spitzte sich in der Frage „Nationalversammlung“ oder „Rätemacht“ zu und verschärfte die Differenzen der verschiedenen politischen Gruppen.

Die sozialdemokratischen Führer gewannen infolge der politischen und organisatorischen Schwäche der Linken sowie der weit verbreiteten bürgerlich-demokratischen Illusionen im Volk in dieser Auseinandersetzung die

Oberhand. Ihre Zusammenarbeit mit dem Bürgertum unter der Flagge der „reinen Demokratie“ verhinderte den Sieg einer sozialistischen Revolution. „Die Sozialdemokratie als einzige intakt gebliebene organisierte Macht“, so beurteilte der Emigrationsvorstand der SPD 1934 in Prag rückblickend die Rolle führender Sozialdemokraten, „übernahm ohne Widerstand die Staatsführung, in die sie sich von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat teilte. Daß sie den alten Machtapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging.“ 12) Dem ist voll zuzustimmen.

Gegenrevolution auf dem Vormarsch

Die Konterrevolution, erfahren im Umgang mit der Macht, formierte zügig im Schatten der „demokratischen und sozialistischen“ Fassade ihre Kräfte. Sie holte am 6. Dezember 1918 zum ersten Schlag aus. An diesem Tage wollte sie durch Verhaftung des Berliner Vollzugsrates die Revolution entscheidend treffen und durch die Einsetzung Eberts zum Reichspräsidenten die Macht der Räte brechen. Der konterrevolutionäre Putsch aber schlug fehl. Gewaltaktionen konterrevolutionärer Truppen in anderen Gegenden erlitten ebenfalls eine Niederlage. Die nackte Gewalt führte nicht zum Ziel. Die Volksmassen waren wachsam und antworteten mit mächtigen Gegenschlägen.

Daraufhin schlug die Konterrevolution eine andere Taktik ein. Sie versuchte, mit Hilfe ihrer ergebener Sozialdemokraten, von innen heraus, und zwar ebenfalls mit der Losung: „Errichtung und Wahl einer Nationalversammlung“, die Macht der Räte zu brechen.

Diese Taktik hatte, angesichts bürgerlich-demokratischer Illusionen selbst unter revolutionären Arbeitern und Soldaten, Erfolg. Davon zeugt der Ausgang des ersten Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918. Dieses Gremium übertrug bis zur Wahl einer Nationalversammlung der Regierung Ebert-Scheidemann die gesetzgeberische und vollziehende Gewalt, das heißt: die oberste Spitze der Räte gab die Macht freiwillig ab. Die Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung wurde auf den 19. Januar 1919 festgelegt. Der Kongreß war der Wendepunkt im Ablauf der revolutionären Ereignisse. Der Kapitalismus blieb, zwar in einem bürgerlich-demokratischen Gewande, in Deutschland erhalten. Der Kaiser ging, die Kapitalisten und ihre Generäle blieben. Das war auch die Grundlage für den gewaltsamen Angriff auf die noch vorhandene Bastion der Arbeitermacht in Berlin. Regierungstruppen unter General Lequis griffen am 24. Dezember 1918 mit Minenwerfern und Flachbahngeschützen die revolutionäre Volksmarinedivision im Schloß und im Marstall an. Die kleine Schar der Matrosen schlug den Angriff mutig mit Handfeuerwaffen und Maschinengewehren zurück. Der Spartakusbund und die revolutionären Obleute alarmierten umgehend große Arbeitermassen. Diese eilten sofort den Matrosen zu Hilfe. Es kam unter den Soldaten Lequis zu Meutereien, der Angriff der Reaktion geriet ins Wan-

ken und brach unter den wuchtigen Schlägen der Matrosen und Arbeiter zusammen.

Gründung der KPD

Mitten in diesem Feuer der Novemberrevolution entstand die Kommunistische Partei Deutschlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Leo Jogisches, Wilhelm Pieck, Clara Zetkin, die Führer der revolutionären Linken, waren ihre Gründer. Kern der KPD waren die Mitglieder des Spartakusbundes. Die KPD bekannte sich in ihrem Programm zur marxistischen Erkenntnis, daß die Machtfrage die Grundfrage in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist, und zur Marxschen Lehre von der Macht der Arbeiterklasse (Diktatur des Proletariats).

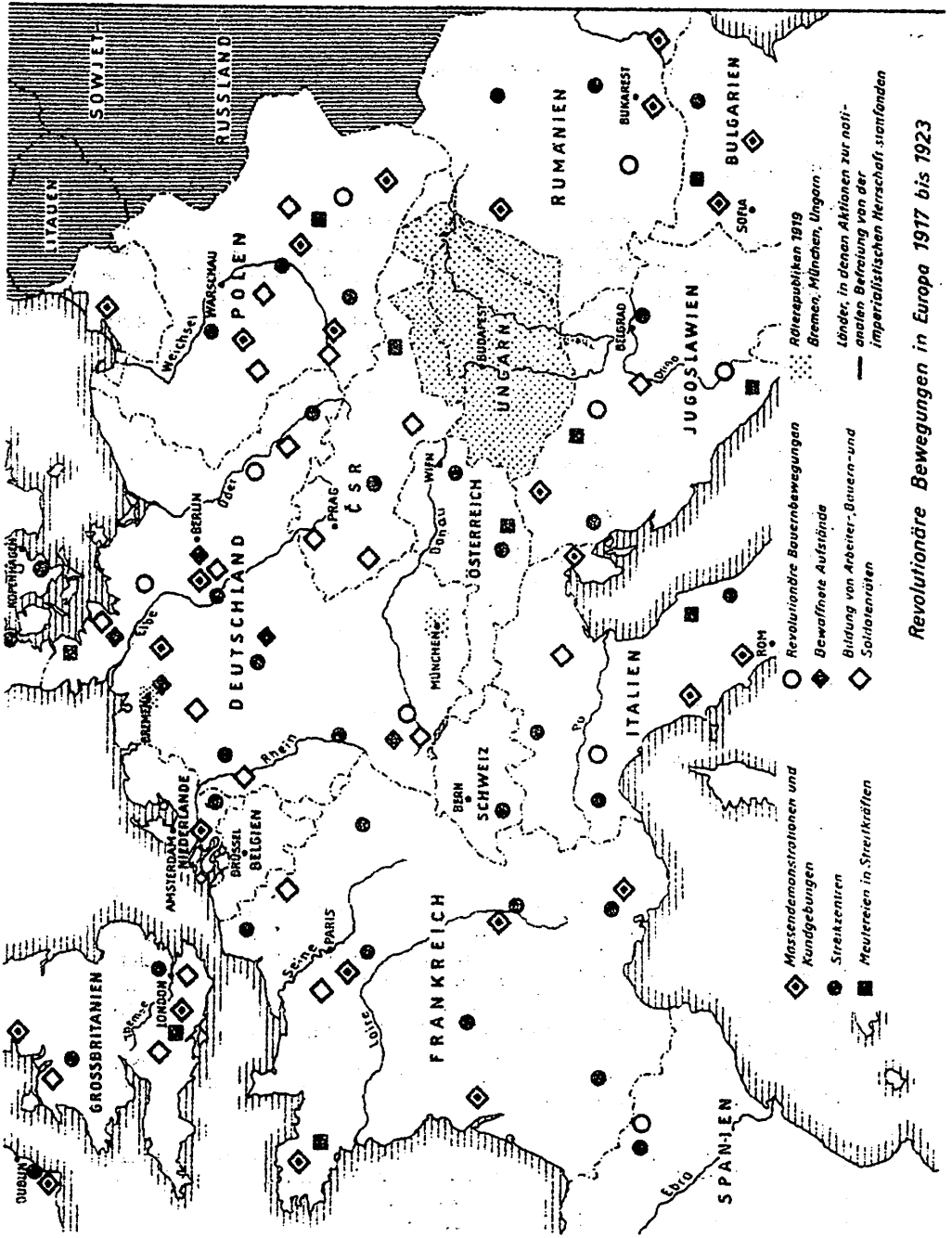
Höhepunkt des Gründungsparteitages der KPD (29. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919) im Festsaal des Abgeordnetenhauses zu Berlin war die Annahme des Programms. Es wurde von Rosa Luxemburg begründet. Sie erklärte unter begeisterter Zustimmung der Delegierten: „Nun, Parteigenossen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner!“ 13) Die Gründung der KPD war das wichtigste Ergebnis der Novemberrevolution.

Nunmehr besaß die deutsche Arbeiterklasse für ihre Auseinandersetzung mit ihrem Klassengegner eine revolutionäre marxistische Kampfpartei. Zwar vermochte die Partei die Novemberrevolution nicht mehr zum Siege zu führen. Dazu war ihr Einfluß in der Masse der Arbeiter noch zu gering. Ihre Gründung legte jedoch den Grundstein für erfolgreiche Kämpfe der Arbeiterbewegung in späterer Zeit.

Die Wahl zur Nationalversammlung

Provokation und Gewalt bereiteten die Wahlen zur Nationalversammlung vor. Am 4. Januar 1919 wurde der Berliner Polizeipräsident, Emil Eichhorn, abgesetzt. Er gehörte der linken USPD an. Die revolutionären Arbeiter und Soldaten sollten dadurch zu unvorbereiteten Aktionen provoziert werden, um sie noch vor den Wahlen militärisch niederschlagen zu können. Dabei stützte sich die Ebert-Scheidemann-Noske-Regierung auf neuformierte Freiwilligenverbände. Das waren die „Freikorps“, die sich in der Hauptsache aus Offizieren und aktiven Unteroffizieren der alten Armee, aus reaktionären Studenten sowie aus kleinbürgerlichen und lumpenproletarischen Elementen rekrutierten.

Hunderttausende folgten am 5. Januar 1919 dem Aufruf der revolutionären Obleute, der Berliner Leitung der USPD und der Zentrale der KPD, um die Errungenschaften der Revolution zu schützen. Riesige Marschsäulen zogen unter der Losung „Nieder mit Ebert-Scheidemann!“ durch die Straßen. Unter diesem Eindruck ging der revolutionäre Aktionsausschuß über Abwehrlosungen hinaus und rief zum Sturz der Regierung und zum Kampf



Revolutionäre Bewegungen in Europa 1917 bis 1923

für die „Macht des revolutionären Proletariats“ auf. Dafür waren jedoch die Voraussetzungen nicht gegeben. Arbeiter und Soldaten besetzten das „Vorwärts“-Gebäude (Zentralorgan der SPD), die bürgerlichen Zeitungsverlage Ullstein, Mosse, Büxenstein und Scherl sowie das Wolffsche Telegrafienbüro, die allesamt der Reaktion ideologisch den Weg bereiteten.

Am 6. Januar stand Berlin im Zeichen des Generalstreiks. In vielen Städten Deutschlands kam es zu Sympathieaktionen. Als schwankende Führer der USPD – ihre Vertreter waren nach den Weihnachtskämpfen aus der SPD-Regierung ausgeschieden – Ebert und Scheidemann Verhandlungen „zur Beilegung der Krise“ anboten, zögerten die SPD-Führer sogar mit der Aufnahme solcher Verhandlungen. Es war klar: Die Regierung wollte die Auseinandersetzung. Sie führte – nach einem Abkommen mit Hindenburg – die Freikorps zu diesem Zweck aus der Umgebung Berlins heran.

Am 8. Januar begann dieser vorbereitete Angriff der „Regierungstruppen“. An ihrer Spitze stand Gustav Noske (SPD), der seine Rolle selbst so kennzeichnete: „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht.“ 14)

Die Zentrale der KPD hatte sich gegen den Aufruf zum Sturz der Regierung gewandt. Sie hielt ihn für einen Fehler; vertraute doch die Mehrheit der Arbeiterklasse noch dem Kurs der Regierung. Die KPD ließ jedoch die kämpfenden Arbeiter in der ihnen aufgezwungenen Auseinandersetzung nicht im Stich. Der konterrevolutionäre Terror wütete. Am 15. Januar fielen ihm Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Opfer. Von militaristischen Söldnern wurden im Dienste der „Demokratie“ viele revolutionäre Kämpfer ermordet. Die Reaktion formierte sich unter der Flagge der „Demokratie“ und des „Antibolschewismus“. Aber: „Was konnte in den Augen der Offiziere nicht alles ‚Bolschewismus‘ sein?“ 15)

Terror und Einschüchterung erblickten in den Wahlen am 19. Januar 1919 eine Mehrheit für die bürgerlich-kapitalistischen Parteien. Diese Wahl und der Zusammentritt der Nationalversammlung beendeten die Novemberrevolution. Die Arbeiterklasse hatte diese große Klassenschlacht verloren. Die Novemberrevolution blieb ihrem Charakter nach eine in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden geführte bürgerlich-demokratische Revolution. Sie vermochte jedoch nicht einmal die 1848/49 ungelösten Aufgaben 16) gegen das Junkertum zu vollenden.

Trotz ihrer Niederlage im Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft hatte die Arbeiterklasse einen wichtigen Erfolg errungen. Sie hatte die halbabsolutistische junkerlich-monarchistische Form der kapitalistischen Herrschaft zerschlagen. Sie hatte gegenüber der Monarchie eine parlamentarische Regierung erkämpft, die ihren weiteren Kampf erleichtern konnte. Klarheit aber war vonnöten, daß auch unter der neuen staatlichen Form weiterhin die imperialistische Bourgeoisie herrschte.

Der letzte Artikel von Karl Liebknecht: „Trotz alledem!“, erschien in der

„Roten Fahne“ am Tage seiner Ermordung. Er enthielt das Vermächtnis der revolutionären Kämpfer. Er war in der Niederlage Ausdruck der Siegesgewißheit: „Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird – leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!“ 17)

Lehren der Novemberrevolution

Die Novemberrevolution lehrt:

1. Die Grundfrage jeder Revolution ist die Machtfrage. Die Entscheidung der Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ist die Voraussetzung zur sozialistischen Umgestaltung der gesamten Gesellschaft.

Die Klassenkämpfe während der Novemberrevolution hatten deutlich gemacht, daß es in einem Land wie Deutschland, einem Land mit einem stark entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus und einer durch den Einfluß der bürgerlichen Ideologie tief gespaltenen Arbeiterklasse, unmöglich war, in einem Sprung zur politischen Macht des Proletariats zu kommen. Der nächste Schritt mußte der Kampf für eine bürgerlich-demokratische Ordnung sein. In der demokratischen, ihrem Wesen nach antiimperialistischen Revolution mußte es gelingen, alle vom Großbürgertum unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Schichten unter der Führung der Arbeiterklasse für den Kampf zur Brechung der Macht der Monopole und zur Errichtung einer Ordnung zu einen, in der die Werktätigen entscheidenden Einfluß auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ausüben.

2. Die Novemberrevolution lehrt, daß die Grundfragen des deutschen Volkes nur unter Führung der Arbeiterklasse gelöst werden können. Sie ist die führende Kraft im Kampf um die Durchsetzung der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung. Das ergibt sich aus ihrer objektiven Stellung in der modernen Gesellschaft. „Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie.“ 18)

Ihren geschichtlichen Aufgaben kann die Arbeiterklasse – wie die Novemberrevolution lehrt – nur dann gerecht werden, wenn sie den bürgerlichen Einfluß in ihren Reihen konsequent bekämpft, wenn Antikommunismus, Nationalismus und bürgerliche, opportunistische Vorstellungen überwunden werden. Die Arbeiterklasse kann nur siegen, wenn sie die durch den Opportunismus herbeigeführte Spaltung ihrer Reihen überwindet und unter Führung einer revolutionären Partei ihre Einheit herstellt.

3. Die Novemberrevolution lehrt, daß die Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse und der Volksmassen die Führung durch eine revolutionäre

näre Kampfpartei ist, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt. „In seinem Kampf gegen die kollektive Macht der besitzenden Klassen“, hatten Karl Marx und Friedrich Engels erklärt, „kann das Proletariat nur dann als Klasse handeln, wenn es sich selbst als besondere politische Partei im Gegensatz zu allen alten, von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien konstituiert. Diese Konstituierung des Proletariats als politische Partei ist unerläßlich, um den Triumph der sozialen Revolution und ihres höchsten Zieles, der Aufhebung der Klassen, zu sichern.“ 19)

„Der Kampf zum Sturz des Imperialismus, für den Sieg von Frieden, Demokratie und Sozialismus, erfordert die Führung der Arbeiterklasse durch eine revolutionäre Partei, die „es sich bewußt zu ihrer Aufgabe macht, dem Proletariat zu helfen, seiner Rolle als Erzieher, Organisator und Führer gerecht zu werden, der Rolle, ohne welche der Zerfall des Kapitalismus unmöglich ist.“ 20) Das mußte eine Partei sein, die eine selbständige proletarische Klassenpolitik verfolgt, die sich unversöhnlich gegenüber der kapitalistischen Gesellschafts- und Staatsordnung sowie gegen alle Einflüsse der bürgerlichen Ideologie verhält und es versteht, eine wissenschaftliche Politik auszuarbeiten und so die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen an dem Kampf für die Eroberung der Macht und für deren Festigung heranzuführen.

Für die Entwicklung einer solchen Partei in Deutschland schuf die Gründung der KPD in der Novemberrevolution die Basis.

4. Die Novemberrevolution lehrt, daß der Kampf der Arbeiterklasse nur unter den Bedingungen erfolgreich sein kann, daß sie alle anderen an der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft objektiv interessierten Schichten um sich zusammenschließt.

5. Die Novemberrevolution lehrt, daß der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten nur siegreich sein kann, wenn sie sich mit der internationalen Arbeiterklasse, mit allen unterdrückten und kolonialen abhängigen Ländern und Völkern verbünden.

Die Gesetzmäßigkeit des proletarischen Internationalismus, die Notwendigkeit des einheitlichen Handelns der internationalen Arbeiterklasse begründeten Marx und Engels. Da das Kapital eine internationale Kraft ist, kann sich die Arbeiterklasse nur befreien, wenn sie über die Ländergrenzen hinweg zum einheitlichen Kampf gegen den gemeinsamen Feind findet. Dem großen Ziel der Arbeiterklasse aller Länder, Sturz des Kapitalismus und Aufbau des Sozialismus, ist die Lösung der nationalen Aufgaben in jedem einzelnen Lande untergeordnet. 21)

Anmerkungen

1) Vgl. Marxistischer Lehrbrief, „Roter Oktober“, Serie C, Nr. 8

2) Karl Liebknecht, Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Berlin 1952, S. 294; vgl. Marxistischer Lehrbrief: „Das Leben und Wirken Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Serie C, Nr. 10

3) Zit. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1966, Bd. 3, S. 33

- 4) Lenin, Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 90
- 5) Ebenda, Bd. 27, Berlin 1960, S. 332
- 6) Ebenda, Bd. 28, Berlin 1959 S. 102/103
- 7) Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 209/10
- 8) Friedrich Stampfer, Die ersten Jahre der deutschen Republik, Offenbach/Main 1947, S. 55
- 9) Max Peters, Friedrich Ebert. Erster Präsident der deutschen Republik, Berlin-Grünwald 1950, S. 68/69
- 10) Martin Göhring, Bismarcks Erben 1890–1945, Wiesbaden 1958, S. 135
- 11) W.I. Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin, S. 20
- 12) Sozialistische Aktion (Karlsbad), 28. Januar 1934
- 13) Bericht über den Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 2. Januar 1919, hrsg. von der KPD (Spartakusbund), o.O., o.J., S. 19
- 14) Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 68
- 15) G. Prüfer/W. Tormin, Die Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik bis zu Eberts Tod, Hannover 1960, S. 9
- 16) Vgl. Marxistische Lehrbriefe, „Deutschland in der Revolution von 1848/49“, Serie C, Nr. 6
- 17) Karl Liebknecht, Trotz alledem! In: Ausgewählte Reden, Briefe und Aufsätze, Seite 530
- 18) W.I. Lenin, Bd. 25, S. 416/417
- 19) Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 149
- 20) W.I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 361
- 21) Vgl. W.I. Lenin, Werke, Bd. 22, S. 354/355

Marxistische Blätter

Die „Marxistischen Blätter“ sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Ductos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1970:

- Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD**
- Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie**
- Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung**
- Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus**
- Heft 5 Friedrich Engels / Zu ökonomischen Problemen in der BRD**
- Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus – antiumperialistischer Kampf**

Themen des Jahrgangs 1971:

- Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus**
- Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit**



**VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11**

Zum 150. Geburtstag von F. Engels

Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus

Von L. A. Leontjew

Etwa 440 S., Ganzleinen, etwa 14,- DM

Das Buch enthält eine historisch-ökonomische Darstellung der Tätigkeit und der Arbeiten von Engels. Es verfolgt an Hand der Entwicklung zahlreicher Kategorien der marxistischen Ökonomie den komplizierten Gang der Erkenntnis der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und vermittelt den Eindruck von dem Umfang entsagungsvoller und harter wissenschaftlicher Arbeit von Marx und Engels. Es ist ein wertvolles Hilfsmittel zum Studium der marxistischen politischen Ökonomie und ergänzt die Marx-Engels-Forschung. Der Leser erhält durch den guten und flüssigen Stil sowie zahlreiche persönliche Daten aus dem Leben von Engels ein abgerundetes Bild des großen Sozialisten und Forschers.



Akademie-Verlag Berlin

108 Berlin · Leipziger Straße 3-4
Deutsche Demokratische Republik

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf I.
Was lehrt der Marxismus über den Staat?
Die Entstehung des Kapitalismus
Der utopische Sozialismus
Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
Automation – Freund oder Feind?
Die Wirtschaft in der DDR
Die Industrie der Sowjetunion
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
Das neue ökonomische System der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Reformation und Bauernkrieg (1517 – 1525)
Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert
Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848
Die Pariser Kommune 1871
Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 – 1863
Roter Oktober 1917
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Der Untergang der Weimarer Republik
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Friedrich Engels, Leben und Werk

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in
Deutschland (1945 – 1949)
Von Potsdam nach Bonn – wie Deutschland gespalten wurde (1945 – 1949)
Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949 – 1955)
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Die Grundfrage der Philosophie
Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
Freiheit in marxistischer Sicht I – Freiheit im Kapitalismus
Freiheit in marxistischer Sicht II – Freiheit im Sozialismus
Einführung in die marxistische Dialektik I – III

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Reihe: Sozialistische Klassiker

- K. Marx:** Kritik des Gothaer Programms
F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin: Staat und Revolution
W.I. Lenin: Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin: Was tun?
W.I. Lenin/
K.Liebknecht: Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

- H. Schäfer:** Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg: Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster: Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv: Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause: Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv: Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/
Schleifstein: Lenin über Trotzki
L. Salini: Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des
Steigerwald: Marxismus
W. Hollitscher: Aggression im Menschenbild
M. Conforth: Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo: Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv: Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger/Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.: Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11